



Presseschau vom 29.05.2017

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voiceevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondenT* und die Online-Zeitung *Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondenT* und *Timer*) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

abends / nachts:

Dnr-online.ru: In der letzten Nacht haben die ukrainischen Streitkräfte das Territorium der DVR massiv beschossen. Dabei wurden auch Objekte der Stromversorgung beschädigt. In der letzten Nacht fiel um 3:56 bzw. um 4:10 der Strom in **Styla**, **Jelenowka**, **Alexandrinowka** und **Schirokij** aus.

Der operative Dienst des Kohle- und Energieministeriums der DVR teilt mit, dass Reparaturbrigaden sofort mit der Untersuchung von Leitungen und Unterstationen begonnen haben. ...

Die Energietechniker führten operativ Umschaltungen durch und bereits um 5:25 bzw. 5:35 gab es in Styla, Jelenowka und Schirokij wieder Strom. Alexandrinowka hat bisher noch keinen, eine Reparaturbrigade arbeitet vor Ort.

Lug-info.com: „In der Nacht vom 28. auf den 29. Mai 2017 gegen 22:00 wurde das Gebiet von **Perwomajsk** von Seiten der ukrainischen Streitkräfte beschossen“, teilte die Stadtverwaltung mit.

„In der Folge der Beschüsse wurden im Haus Nr. 45 in der Lugowaja-Straße durch eine Explosionswelle vier Fenster und ein Dach beschädigt, es wurde ein Wand der Sommerküche durchschlagen, der Zaun beschädigt. Im Haus Nr. 43 in der Lugowaja-Straße wurden drei Fenster beschädigt sowie ein Wirtschaftsgebäude“, erläuterte das Bürgermeisteramt.

„Spezialisten von der Abteilung zum Aufbau der Infrastruktur der Stadtverwaltung von Perwomajsk sind vor Ort und nehmen die Schäden auf. Eine Brigade der kommunalen Dienste ist auch vor Ort und unterstützt bei ersten Reparaturen“.

vormittags:

de.sputniknews.com: Vorschlag aus Moskau: „Sechser“-Gespräche zu Nordkorea wiederbeleben

Die Situation um Nordkorea ist in eine Sackgasse geraten. So kommentiert der Chef des Auswärtigen Ausschusses im Föderationsrat (russisches Oberhaus), Konstantin Kossatschjow, den jüngsten nordkoreanischen Raketenstart. Einen Ausweg ist aus seiner Sicht, die Sechs-Parteien-Gespräche wiederzubeleben.

„Es gibt nur einen Ausweg – die Wiederaufnahme des „Sechser“-Formats unter Teilnahme der genannten Länder (USA, Japan, Süd- und Nordkorea – Anm. d. Red.) sowie Chinas und Russlands“, so Kossatschjow auf seiner Facebook-Seite. „Die zwei letzteren sind dazu nach meiner Überzeugung bereit.“

Die USA, Japan und Südkorea üben laut dem Politiker wirtschaftlichen und militärischen Druck auf Pjöngjang aus. Einige von diesen Maßnahmen würden ziemlich provokant wirken, wie beispielsweise die Simulierung eines Angriffs auf die nordkoreanische Hauptstadt durch die Militärs der USA und Südkoreas, die Stationierung des THAAD-Luftabwehrsystems sowie Drohungen über einen gewaltsamen Regimewechsel.

„Nordkorea – ein intransparentes, undemokratisches und deswegen auch ein unberechenbares Land – wehrt sich mit allen verfügbaren Mitteln, ungeachtet der Resolutionen des UN-Sicherheitsrats und der globalen Kritik an ihren Handlungen“, so Kossatschjow weiter. Die Idee von neuen Sechs-Parteien-Gespräche unterstützt auch der erste Vizechef des Auswärtigen Ausschusses im Föderationsrat, Wladimir Dschabarow. Russland und China sollten die Wiederaufnahme der Verhandlungen im UN-Sicherheitsrat vorschlagen, sagte der Politiker gegenüber RIA Novosti. Neue Sanktionen, auf denen Washington und Tokio nun sicher bestehen würden, würden die Lage nur noch verschlimmern. Dschabarow empfahl, den Nordkoreanern zu versichern, dass niemand sie bedrohe: „Zurzeit bekommen sie solche Garantien nur selten und bauen ihre Verteidigungsmittel aus.“

Lug-info.com: Die Kiewer Truppen haben in den letzten 24 Stunden **dreimal** die Positionen der Volksmiliz der LVR beschossen. Dies teilte die Verteidigungsbehörde der Republik mit. Beschossen wurden **Frunse, Molodjoshnoje und Smeloje**. Geschossen wurde mit 120mm-Mörsern und Schützenpanzerwaffen.

Dan-news.info: Zusammenfassung mehrerer Meldungen über ukrainische Beschüsse und deren Folgen

„Heute um 5:30 hat die ukrainische Seite das Feuer auf **Sajzewo** eröffnet. In der Folge von direkten Treffern von Geschossen sind Häuser in der Brusilow-Straße 30 und der Rybalko-Straße 163 abgebrannt“, teilte der Bürgermeister von Gorlowka Iwan Prichodko mit. Er fügte hinzu, dass es keine Verletzten unter der friedlichen Bevölkerung gibt. „In einem der zerstörten Häuser lebte eine Familie mit kleinen Kindern. Zum Zeitpunkt des Beschusses waren sie zum Glück nicht zu Hause“, sagte der Bürgermeister.

„In **Staromichajlowka** im Westen von Donezk, wurde in der Schewtschenko-Straße ein Haus beschädigt, weitere sechs Häuser wurden durch Beschüsse der ukrainischen Streitkräfte in **Dokutschajewsk** in der Gornaja-Straße beschädigt. Außerdem wurden zwei Häuser in **Sajzewo** beschädigt“, teilte das operative Kommando der DVR mit. Dort wurde hinzugefügt, dass Informationen über Verletzte derzeit nicht eingegangen sind. „In den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen Streitkräfte **64 Mal** das Regime der Feueinstellung verletzt. Es wurden Artillerie, Panzer, Mörser, Schützenpanzer- und Schützenpanzerwagenwaffen, Granatwerfer und Schusswaffen verwendet“, teilte das Kommando weiter mit. Insgesamt wurden **19 Ortschaften der Republik** beschossen.

Ukrinform.ua: Der Sicherheitsdienst der Ukraine (SBU) führe Durchsuchungen in den Büros der Tochtergesellschaft der russischen Firma „Yandex“ in Kiew und Odessa durch, schreibt auf Facebook die SBU-Pressesprecherin, Jelena Gitljanska.

„SBU durchsucht in der Tat die Büros der Tochtergesellschaft der russischen Firma „Yandex“ in Kiew und Odessa. Die Ermittlungen finden im Rahmen des Strafverfahrens nach Artikel 111 des Strafgesetzbuches der Ukraine (Hochverrat) statt“, sagte sie.

Es sei zu erinnern, am 15. Mai hatte der Präsident der Ukraine, Petro Poroschenko, per Erlass die Entscheidung des Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrates der Ukraine über die Verhängung von persönlichen speziellen wirtschaftlichen und anderen restriktiven Maßnahmen in Kraft gesetzt. Kurz danach hatte „Yandex.Direkt“ die Zahlungen in der Ukraine eingestellt, weil die Banken die Konten von „Yandex.Ukraine“ gesperrt hatten.

de.sputniknews.com: Vorwurf des Hochverrats: **Büros von russischem Internet-Konzern in Ukraine durchsucht**

Der ukrainische Sicherheitsdienst SBU durchsucht zurzeit die Büros des russischen Internet-Unternehmens Yandex in Kiew und Odessa im Rahmen eines Strafverfahrens wegen vermeintlichen Hochverrats. Dies meldet der Pressedienst der Firma am Montag.

Wie das ukrainische Internetportal MarketingChallenge unter Berufung auf eine SBU-Pressesprecherin berichtet, erfolgen die Durchsuchungen aufgrund des Artikels 111 des ukrainischen Strafgesetzbuchs (Hochverrat). Der Artikel umfasst unter anderem Gefahren für die Informationssicherheit des Landes. Dafür drohen zwischen zwölf und 15 Jahren Haft mit Vermögensbeschlagnahme.

Die Yandex-Anwälte sind dem Pressedienst des Unternehmens zufolge bereits auf dem Weg in die Büros.

Zuvor hatte der ukrainische Präsident Petro Poroschenko Sanktionen gegen mehrere russische Medien für drei Jahre angeordnet. Er ließ zudem die russischen sozialen Netzwerke „VKontakte“ und „Odnoklassniki“ auf dem ukrainischen Territorium sperren.

Ukrinform.ua: Der Präsident des ukrainischen Parlaments (Werchowna Rada), Andrij Parubiy, wird sich vom 29. bis 30. Mai in Georgien aufhalten, wo er an einer Tagung der Parlamentarischen Versammlung der Nato (Nato PA) teilnehmen wird, entnimmt man der Webseite der Werchowna Rada.

„Das Programm des Besuchs sieht bilaterale und trilaterale Treffen vor, insbesondere mit dem Präsidenten der Parlamentarischen Versammlung der Nato, Paolo Alli, dem Vorsitzenden des Parlaments von Georgien, Irakli Kobakhidze, mit dem Präsidenten Georgiens, Giorgi Margwelaschwili, dem Premierminister von Georgien, Giorgi Kwirikaschwili, und dem Patriarchen der Georgischen Orthodoxen Apostelkirche und dem Erzbischof von Mzcheta-Tiflis, Ilia II. Geplant sind außerdem die Rede des Vorsitzenden der Werchowna Rada auf der

Plenartagung der Nato PA, die Teilnahme an den Debatten und an der Abstimmung für den Entwurf einer Erklärung über Unterstützung der euro-atlantischen Integration Georgiens. Der Präsident des ukrainischen Parlaments, Andrij Parubiy, wird mit dem Präsidenten der Parlamentarischen Versammlung der Nato, Paolo Alli, eine gemeinsame Erklärung abgeben“, steht im Bericht.

Nachmittags:

de.sputniknews.com: Umdenken in Washington? **USA wollen mit Russland über Ukraine sprechen**

Die US-Politik nimmt anscheinend einen Kurswechsel in Sachen Ukraine vor: Das Weiße Haus hat angeblich Pläne, Gespräche mit Russland neu zu starten und einen Sondergesandten für die Ukraine-Frage zu ernennen. Das berichtet die Zeitung Washington Post, die sich auf US-Beamte und „externe Experten“ beruft.

In Washington, das sich bislang aus der Ukraine-Krise herausgehalten hat, zeichnet sich dem Zeitungsbericht nach offenbar ein Kurswechsel ab. Noch im März hatte US-Präsident Donald Trump Bundeskanzlerin Angela Merkel beim Treffen im Oval Office gesagt, die Ukraine-Krise sei eine europäische Angelegenheit und die USA würden sich nicht zu sehr daran beteiligen. Knapp zwei Monate später will sich die Trump-Administration laut der Washington Post in dieser Frage stärker engagieren.

Die Initiative ging laut dem Blatt von US-Außenminister Rex Tillerson aus. Dessen Idee bestehe darin, eine neue Version der unter Ex-Präsident Barack Obama angestoßenen Friedensverhandlungen zu starten, in der Hoffnung, dass neue Umstände und Personen zu besseren Ergebnissen führen werden. Auch US-Vizepräsident Mike Pence solle einbezogen werden. Zudem wolle Tillerson einen Sondergesandten im US-Außenministerium, dem State Department, ernennen, der die Ukraine-Initiative leiten soll. Er solle unter anderem einen direkten diplomatischen Kanal mit dem Berater des russischen Präsidenten Wladimir Putin, Wladislaw Surkow, aufnehmen.

Doch die laufenden Ermittlungen zu der sogenannten „Russland-Affäre“ könnten der Zeitung zufolge diesen Plänen im Wege stehen. Der Kongress poche derzeit auf mehr Sanktionen gegen Russland. Unter solchen Bedingungen würden die beiden US-Parteien jedem möglichen Deal mit Moskau skeptisch gegenüberstehen.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/31467/42/314674252.jpg>

ukrinform.ua: Das Volumen der ukrainischen Exporte von Waren und Dienstleistungen habe sich im ersten Quartal 2017 auf \$ 12,4 Mrd. belaufen, was um \$ 2,7 Mrd. oder 28 % mehr als im Jahr 2016 sei, teilte die Pressestelle des Ministeriums für wirtschaftliche Entwicklung und Handel der Ukraine mit.

Der Warenexport sei weiter dem Bericht zufolge im Vergleich zum gleichen Zeitraum des Jahres 2016 um 34,4 % (\$ 2,7 Milliarden) gestiegen und habe \$ 10,4 Milliarden betragen. Der meiste Export entfiel auf Produkte der Agrar- und Lebensmittelindustrie (44 %), auf Produkte der Metallurgie (23,4 %), des Maschinenbaus (10,4 %) und auf mineralische Produkte (9,2 %).

Den Anstieg der Exporte von Gütern zeigten fast alle Sektoren der Wirtschaft der Ukraine, mit Ausnahme von Holz- und Papiermasse (Rückgang der Exporte um 7 %) und der chemischen Industrie (um 0,1 %).

Unter ukrainischen Regionen seien bei fast allen die Lieferungen von Waren auf die Außenmärkte erfolgt. Ausnahmen machten nur Gebiete Luhansk und Odessa.

Der Haupthandelspartner der Ukraine im Export von Waren im ersten Quartal des Jahres 2017 bleibe die Europäische Union (38,4 %), während der Anteil der Exporte nach Russland 9 % ausmache.

de.sputniknews.com: „Schicksal in eigene Hände nehmen“: Kreml reagiert auf Merkels Worte
Russland ist zwar ein Teil Europas, hat sich aber „seit Anbeginn der Zeit“ nur auf sich selbst verlassen. So kommentierte Kremlsprecher Dmitri Peskow am Montag den Aufruf von Bundeskanzlerin Angela Merkel an Europäer, ihr Schicksal in die eigenen Hände zu nehmen. Peskow betonte aber zugleich, dass Europa und die USA selbst miteinander klarkommen müssten. Dies sei keine Angelegenheit des Kremls.

Am Sonntag hatte sich Merkel bei ihrer Bierzelt-Rede in München enttäuscht über den vergangenen G7-Gipfel geäußert. Die Kanzlerin sagte in Bezug auf die USA: „Die Zeiten, in denen wir uns auf andere völlig verlassen konnten, die sind ein Stück vorbei. Das habe ich in den letzten Tagen erlebt.“ Die Europäer müssten ihr Schicksal wirklich in ihre eigenen Hand nehmen, betonte sie weiter.

Lug-info.com: Der Spieler der griechischen Volleyballnationalmannschaft und Kapitän des griechischen Sportclubs „Olimpiakos“, der aus Lugansk stammende Dmitrij Filippow hat der Volleyballmannschaft der Lugansker Sporthochschule Bälle und Sportkleidung übergeben.

„Dies ist eine Unterstützung von ganzem Herzen, denn die jungen Leute im Sport haben schwere Zeit. Ich habe die ganze Mannschaft unterstützt, Kleidung und Bälle, das ist von mir aus, ich wollte das gar nicht groß bekannt machen“, sagte Sportler heute bei einer Pressekonferenz in Lugansk.

„Die jungen Leute sind zufrieden, sie freuen sich, für sie ist das schön, und für mich ist das noch schöner. Mir gefällt das, ich möchte, dass die Leute wissen, dass sie Menschen haben, die in einer schweren Situation helfen“, sagte Fillipow.

Er erzählte, dass er seit einer Woche gemeinsam mit den Volleyballern der Lugansker Sporthochschule trainiert und sich bemüht „etwas zu unternehmen“, was den jungen Sportlern helfen würde, sich zu entwickeln.

de.sputniknews.com: Die Ergebnisse des vergangenen G7-Gipfels zeigen, dass es keine Aussichten für die Rückkehr Russlands zum G8-Format gibt. So sieht es der Ständige Vertreter Russlands bei der EU, Wladimir Tschischow. Für ihn hat der Gipfel im sizilianischen Taormina nichts Neues für das Verhältnis zu Russland gebracht. Das sagte er am Montag gegenüber RIA Novosti.

„Einerseits sind die Ergebnisse vom Standpunkt aus der Substanz blässlich. Andererseits sind sie ziemlich markant – in Betracht darauf, dass die unterschwellig gereiften transatlantischen Widersprüche herausgetreten sind“, so Tschischow.

Er verwies auf die Ansprachen und Äußerungen während des G7-Gipfels sowie den Inhalt von Abschlussdokumenten.

Für den Diplomaten bestätigt das „ein weiteres Mal, dass die Stellung der russischen Führung in Bezug auf das G8-Format richtig ist: Es ist perspektiv- und zwecklos, Russland zu dem G8-Format zurückzubringen“.

Laut Tschischow sind in dem Abschlussdokument und den Erklärungen des jüngsten G7-Gipfels in Bezug auf Russland weder neue Worte erschienen, noch vorhandene gestrichen worden – „also nichts Neues passiert“.

Ukrinform.ua: In Krasnohoriwka (Kleinstadt im Gebiet Donezk im Osten der Ukraine) wurden durch den Beschuss der Terror-Milizen am Sonntag drei Bewohner verletzt und 42 Gebäude beschädigt, teilte auf seiner Facebook-Seite der Chef der Nationalpolizei der Ukraine im Gebiet Donezk, Wjatscheslaw Abroskin, mit.

„Durch den Morgenbeschuss sind drei Bewohner verletzt worden: zwei Frauen und ein Mann. Beschädigt wurden 42 Gebäude: 40 private Häuser, ein Krankenhaus und eine allgemeinbildende Schule“, schrieb Abroskin und veröffentlichte die Fotos vom Beschuss.



https://static.ukrinform.com/photos/2017_05/1496041012-1687.jpeg

Armiyadnr.su: Bericht des stellvertretenden Kommandeurs der Streitkräfte der DVR Eduard Basurin

In den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen Streitkräfte das Regime der Feueinstellung **64 Mal** verletzt.

Wie in den vorhergehenden Tagen wurde die größte Zahl von Beschüssen von Seiten des Gegners in Richtung Donezk von den Positionen der 72. und 92. mechanisierten Brigade aus festgestellt. Auf die Ortschaften **Spartak, Jasinowataja, Jakowlewka, Dokutschajewsk, Mineralnoje, Wesjoloje, Staromichajlowka, Krutaja Balka, Staromarjewka, das Abakumow-Bergwerk, das Gebiet des Flughafens und den Petrowskij-Bezirk von Donezk** wurden 144 Artilleriegeschosse des Kalibers 152 und 122mm, 584 Mörsergeschosse des Kalibers 120 und 82mm, 48 Panzergeschosse abgeschossen. Außerdem wurde mit Granatwerfern und Schusswaffen geschossen.

In Richtung Gorlowka beschoss der Gegner die Ortschaften **Gorlowka, Golmowskij und Sajzewo**. Von den Positionen der 55. Artilleriebrigade und der 53. mechanisierten Brigade wurden acht 122mm-Artilleriegeschosse, 22 Mörsergeschosse des Kalibers 82mm abgeschossen. Außerdem wurde mit verschiedenen Arten von Granatwerfern und Schusswaffen geschossen.

In Richtung Mariupol haben die Verbrecher der 36. Marineinfanteriebrigade **Leninskoje, Kominternowo, Grigorowka und Sachanka** mit 120mm-Mörsern und verschiedenen Arten von Granatwerfern und Schusswaffen beschossen.

In der Folge der Beschüsse wurden neun Gebäude in Staromichajlowka, Sajzewo und Dokutschajewsk beschädigt.

Wir haben die Informationen, die wir von der örtlichen Bevölkerung und Quellen aus dem Stab der „ATO“ erhalten haben oder die in ukrainischen Massenmedien veröffentlicht wurden, analysiert, im Ergebnis haben wir **ein vollständiges Bild des gestrigen Beschusses von Krasnogorowka:**

Zunächst, die ukrainischen Massenmedien haben, um die Provokationen zu verheimlichen,

nicht alle Zerstörungen veröffentlicht. Auf den Fotos sehen wir nur diejenigen, die in der Folge eines Beschusses von den Positionen der 92. mechanisierten Brigade im Gebiet von Marjinka entstanden sind. Dabei haben die ukrainischen Massenmedien nach Informationen von der örtlichen Bevölkerung in einem hohen Maße alte Zerstörungen gezeigt. Die Mehrheit der neuen Beschädigungen entstand im Ergebnis eines Beschusses aus Richtung Kurachowo. Diese Tatsache wird durch Informationen von Einwohnern Krasnogorowkas, Marjinkas und Kurachowos bestätigt, die Zeugen der Anwendung von verbotenen Waffen durch die ukrainischen Streitkräfte waren, und lässt sich auch daraus ableiten, dass ukrainische Soldaten den internationalen Beobachtern und Vertretern des Gemeinsamen Zentrums zur Kontrolle und Koordination von der russischen Seite den Zugang zu den Orten der Zerstörungen zwecks objektiver Ermittlungen verwehrt haben.

Nach Angaben unserer Aufklärung erfolgte der gestrige Beschuss von Krasnogorowka von den Positionen der 92. Brigade aus zwei Richtungen: aus den Gebieten von Marjinka und Kurachowo. Es wurden schwere Artillerie und Mehrfachraketenwerfer „Grad“ verwendet. Es ist wichtig anzumerken, dass es unserer Aufklärung im Verlauf der vorläufigen Ermittlungen zu diesem Fall gelungen ist festzustellen, dass in der Folge eines Beschusses durch Einheiten der ukrainischen Streitkräfte aus Richtung Kurachowo auch ein provisorischer Stationierungspunkt des Regiments „Asow“ unter Artilleriebeschuss geriet. Aufgrund des Eigenbeschusses der ukrainischen Streitkräfte starben im Regiment „Asow“ zehn Soldaten und 15 wurden verletzt, außerdem gab es Verluste von sieben Stück Militärtechnik. Diese Informationen wird unter anderem von Quellen aus dem Militärhospital in Kurachowo bestätigt, wohin die Toten und Verletzten gebracht wurden.

Auf diese Weise verwandelte sich die Provokation, die von der ukrainischen Regierungen gemeinsam mit dem Kommando der „ATO“ organisiert war und gegen die friedliche Bevölkerung gerichtet war, unter anderem in wesentliche Verluste für die ukrainischen Nationalisten aus „Asow“. Nach der „Pleite“ der Soldaten der ukrainischen Streitkräfte wurde der Beschussbereich umstellt.

Derzeit werden von der ukrainischen Regierung Falschmeldungen mit zuvor vorbereiteten Informationen veröffentlicht, um die Situation zuzuspitzen, dabei werden alte Geschosssplitter vorgelegt, die von anderen Arten von Waffen stammen.

Wir rufen dazu auf, dass für eine objektive Untersuchung der ukrainischen Provokation internationale Beobachter und Vertreter des Gemeinsamen Zentrums zur Kontrolle und Koordination von allen Seiten zugelassen werden.

Wir bemerken weiterhin Fälle von Desertion und eigenmächtigem Verlassen der Frontpositionen durch Soldaten der ukrainischen Streitkräfte. Insbesondere haben nach Angaben unserer Aufklärung in den letzten drei Tagen in der 92. Brigade der ukrainischen Streitkräfte acht Soldaten die eingenommenen Positionen bei Donezkij verlassen. Derzeit laufen Suchmaßnahmen. Außerdem ist zu bemerken, dass zur Suche von Flüchtigen im Gebiet von Jelisawetowka Soldaten des 22. Panzergrenadierbataillons „Charkow“ der 92. mechanisierten Brigade herangezogen werden. Wir haben bereits zuvor festgestellt, dass sich dorthin verlegte Einheiten des Sicherheitsdienstes der Ukraine des Regiments „Asow“ mit der Suche nach Deserteuren mit Waffen befassen.

Ursache der Flucht ukrainischer Soldaten von ihren Positionen sind: fehlendes Verständnis für die Ziele des Bürgerkriegs, eine schwache Organisation und Kontrolle von Fragen des Militärdienstes von Seiten der Kommandeure sowie schreckliche Dienstbedingungen und ein niedriges Niveau der materiell-technischen Versorgung der Fronteinheiten.

de.sputniknews.com: **Moskaus Agenten als Kampfsportler getarnt?** – Focus-Saga erntet Hohn

„Russische Kampfschulen“ in Deutschland sind laut Focus „Schläferzellen“, die von

Moskauer Geheimdiensten kontrolliert werden - dies wird zumindest in einem am Wochenende veröffentlichten Beitrag behauptet. Mitglieder dieser Zellen können jederzeit aus Moskau für „Störaktionen“ eingesetzt werden, heißt es.

Als „Sensation“ kann das Thema dabei nicht mehr gelten, da das Magazin nicht zum ersten Mal darüber schreibt. Beeindruckend ist allerdings die Reaktion der Leserschaft, die den Beitrag einhellig als einen „Lacher“ einstuft.

Eine Benutzerin erläutert, was überhaupt der sogenannte Systema-Verein sei...

Systema ist eine ganzheitliche russische Kampfkunst, die waffenlosen Nahkampf mit Griffen, Schlägen und Tritten sowie Waffenkampf, Waffenabwehr, Nothilfe, Gesundheitstraining und Entspannungsmassagen beinhaltet.

Schon 2014 hatte Focus berichtet, die Systema-Schulen in Deutschland seien vom russischen Militärgeheimdienst GRU gesteuert. Ziel dabei sei das Anwerben von Informanten durch die Ausbildung von Polizei-, Militär- und Justizmitarbeitern.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/31525/58/315255890.jpg>

de.sputniknews.com: Moskau geht Anwürfen Montenegros gegen Russland auf den Grund Laut der amtlichen Sprecherin des russischen Außenministeriums, Maria Sacharowa, haben die Einmischungsvorwürfe aus Podgorica gegen Moskau zum Ziel, den Kurs Montenegros auf den Nato-Beitritt vor der eigenen Bevölkerung zu rechtfertigen.

Der montenegrinische Außenminister Serjan Darmanovic hatte zuvor Russland der Einmischung in die inneren Angelegenheiten Montenegros beschuldigt. „All das war nötig, um den Nato-Beitritt des Landes vor der eigenen Bevölkerung zu rechtfertigen“, zitiert die Agentur NSN die Sprecherin.

Ihr zufolge basiert die Antragsbegründung auf „Spionomanie“ und „der Abwehr gegen einen virtuellen Feind“. Denn die montenegrinische Bevölkerung sei nicht von der Idee des Nato-Beitritts hingerissen gewesen. Eben deshalb sei kein Referendum zu dieser Frage durchgeführt worden, so Sacharowa.

„Die Offiziellen wagten es nicht, die wahren Zahlen, die den Willen der Montenegriner erkennen lassen, zu veröffentlichen. Es wurde beschlossen, diesen Willen zu unterdrücken, indem man Geschichten über ‚die Hand des Kremls‘ auftischte“, so die Sprecherin.

In der Vorwoche hatte Montenegro, das erst am 5. Juni zum Vollmitglied der Allianz werden soll, zum ersten Mal an einem Nato-Gipfel teilgenommen. Laut Darmanovic hatte Moskau versucht, sein Land daran zu hindern, der Nato beizutreten.

„Russland betreibt in den letzten zwei bis drei Jahren eine Politik der Interessensbereiche und tritt gegen die Nato-Erweiterung auf. Wir haben beschlossen, unsere Hauptziele selbstständig festzulegen, und uns darüber gewundert, wie sehr sich Russland da eingemischt hat. Und wir haben uns natürlich dagegen gewehrt“, wird Darmanovic vom „Rundfunk und Fernsehen von Montenegro“ (RTCG) zitiert.

Das montenegrinische Außenamt hat indes angekündigt, am Montag eine Protestnote an Russland wegen der Ausweisung des Mitglieds der regierenden Demokratischen Partei der Sozialisten (DPS) Miodrag Vukovic richten zu wollen, wie RTCG mitteilte. Nach Angaben des Senders war Vukovic, der über Moskau zur Parlamentarischen Versammlung der Zentraleuropäischen Initiative nach Minsk kommen sollte, am Sonntagabend von der Polizei im Flughafen Domodedowo als unerwünschte Person aufgehalten worden.

Das montenegrinische Parlament hatte Ende April für den Beitritt des Landes zur Nato gestimmt. Mittlerweile haben die oppositionellen Parteien gefordert, diese Frage per Referendum entscheiden zu lassen.

Lug-info.com: Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR

Oberstleutnant Andrej Marotschko (Zusammenfassung mehrerer Meldungen)

Die Situation im Verantwortungsbereich der Volksmiliz der LVR hat sich nicht wesentlich verändert und **bleibt angespannt**, in den letzten 24 Stunden haben die Kiewer Truppen **dreimal** das Regime der Feueinstellung verletzt.

Beschossen wurden unsere Positionen im Gebiet der Ortschaften **Frunse, Molodjoshnoje und Smeloje**. Die ukrainischen Streitkräfte haben bei den Beschüssen 120mm- und 82mm-Mörser, Schützenpanzer und Schusswaffen verwendet.

Insgesamt wurden auf das Territorium der Republik 16 Geschosse abgeschossen.

Es wurden Fälle weiterer nicht kampfbedingter Verluste der ukrainischen Streitkräfte in der Zone der sogenannten „ATO“ entdeckt.

So wurden am 25. Mai bei der Schießausbildung bei der Schießausbildung mit Soldaten der 53. mechanisierten Brigade auf einem Truppenübungsplatz im Gebiet von Nikolajewka in der Folge qualitativ schlechter Vorbereitung der Übungen, unzureichender Erfahrung der Leiter sowie nachlässiger Erfüllung seiner Verpflichtungen durch den stellvertretenden Kommandeurs zwei Soldaten verletzt.

Außerdem sind gestern in der Folge von Verletzungen von Sicherheitsbestimmungen beim Verladen von Militärtechnik im 1. Bataillon der 24. Brigade, deren Kommandeur Oberstleutnant Steschko ist, einige Schützenpanzer von einem Bahnsteig gerollt und haben drei Soldaten eingeklemmt.

Die Aufklärung der Volksmiliz hat auch festgestellt, dass die Durchführung einer Rotation der 24. mechanisierten Brigade gegen Einheiten der 128. Gebirgsjägerbrigade begonnen hat.

Hauptgrund für die Rotation ist die niedrige Personalausstattung der Einheiten der 24.

Brigade, die im Zusammenhang mit Massendesertionen nur etwa 50-60% beträgt. Die

Soldaten fliehen aus der Brigade aufgrund von Geldeinzügen, mit denen sich die

Leitungsoffiziere befassen, sowie wegen der nicht zufriedenstellenden Dienstbedingungen.

Die Feindschaft zwischen Einheiten der Nationalgarde und der ukrainischen Streitkräfte hat nie dagewesene Ausmaße erreicht.

Gestern haben ukrainische Massenmedien mitgeteilt, dass der Militärstaatsanwalt der Ukraine

Matios erklärt hat, dass seine Behörde einige Strafverfahren gegen Soldaten des Regiments

„Asow“ wegen vorsätzlichem Mord aufgenommen hat. Der leitende Staatsanwalt war in

seiner Erklärung nicht ehrlich, er hat nicht veröffentlicht, dass von der

Militärstaatsanwaltschaft auf eine Reihe von Strafverfahren in Bezug auf Soldaten aus der

radikal-faschistischen Organisation „Rechter Sektor“, die Solotoje und Staniza Luanskaja

stationiert sind, aufgenommen wurden – den Soldaten wird Vergewaltigung, Entführung und

Waffenhandel vorgeworfen.

de.sputniknews.com: „**EU ist Hauptverschwörer gegen Syrien**“ – Botschafter zu Sanktionsverlängerung
Damaskus verurteilt laut dem syrischen Botschafter in Moskau, Riad Haddad, entschieden die Verlängerung der Sanktionen durch die EU und stuft diesen Schritt als Fortsetzung einer fehlerhaften Politik ein.

„Wir verurteilen ausdrücklich den Beschluss des Rates der Europäischen Union, die einseitigen Einschränkungen gegen Syrien zu verlängern. Dies beweist, dass die EU ihre fehlerhafte Politik gegenüber Syrien weiter fortsetzt“, so Haddad.

Zudem bezeichnete der Diplomat die EU als größten Teilnehmer eines „Komplottes gegen Syrien“ und sagte, dass einige EU-Länder gar Terrorgruppierungen unterstützten.

„Es gibt jetzt gar kein Mindestvertrauen gegenüber der EU mehr. Eine weitere Unterstützung des Kurses ihrer radikalen Teilnehmerstaaten seitens der EU beeinträchtigt alle Länder der Union und stört sie, eine positive Rolle sowohl in der Region als auch in der Welt zu spielen“, fügte Haddad hinzu.

Zuvor am Montag wurde mitgeteilt, dass der Rat der Europäischen Union die Sanktionen gegen Syrien bis zum 1. Juni 2018 verlängert und weitere drei Minister auf die Sanktionsliste gesetzt habe.

Die EU-Sanktionen wurden seit 2012 etappenweise eingeführt und sehen unter anderem ein Erdölembargo, Restriktionen bei den Investitionen, das Einfrieren der Vermögenswerte der syrischen Zentralbank in der EU sowie Ausfuhrbeschränkungen für Ausrüstungen und Technologien vor.

Auf der Sanktionsliste stehen nun insgesamt 239 natürliche und 67 juristische Personen.

Dan-news.info: „Heute, am 29. Mai 2017, sind zwei weitere Auszahlungen der einmaligen Unterstützung zum Tag des Sieges an Veteranen des Großen Vaterländischen Krieges, die die auf dem Territorium des Donbass, das zeitweilig von der Ukraine kontrolliert wird, leben, erfolgt. Damit sind es bis heute insgesamt 40 solcher Zahlungen“, teilte das Arbeits- und Sozialministerium der DVR mit

de.sputniknews.com: Der russische Aluminium-Magnat Oleg Deripaska hat einen Artikel der US-Zeitung „The New York Times“ (NYT), in dem behauptet wird, er habe dem US-Kongress Informationen zu Russlands angeblicher Einmischung in die US-Wahlen im Tausch gegen Immunität angeboten, als Lüge zurückgewiesen. Dies berichtet die Zeitung „Wedomosti“...

de.sputniknews.com: **Putin erklärt in Russland das Jahrzehnt der Kindheit**

Russlands Präsident Wladimir Putin hat ein Dekret unterzeichnet, gemäß dem die Jahre 2018-2027 zum Jahrzehnt der Kindheit erklärt werden. Das Dokument wurde am Montag auf dem offiziellen Internet-Portal für Rechtsinformationen veröffentlicht.

Im Dekret heißt es, dieser Beschluss sei gefasst worden, um die Staatspolitik im Bereich des Kinderschutzes im Hinblick auf die Ergebnisse der nationalen Strategie zur Umsetzung der Interessen von Kindern 2012-2017 weiterzuentwickeln.

Der russische Präsident hat die Regierung beauftragt, binnen drei Monaten den Plan der Hauptmaßnahmen bis 2020 anzunehmen.

Putins offizieller Sprecher Dmitri Peskow betonte, das Thema Kinderschutz sei sowohl in Russland als auch in der ganzen Welt relevant, und die russischen Behörden auf allen Ebenen

richteten darauf hohe Aufmerksamkeit.

Laut Vizeministerpräsidentin Olga Golodez ist das Jahrzehnt der Kindheit „eine große Verantwortung für uns alle“. Zu den Prioritätsfragen würden die Kita-Versorgung, der Mutter- und Kinderschutz und die Demographie zählen, fügte sie hinzu.

Zuvor hatte bereits die Vorsitzende des russischen Föderationsrates Walentina Matwijenko vorgeschlagen, das Jahrzehnt der Kindheit in Russland zu erklären. Der neue Erlass definiere nun Schwerpunkte der Unterstützung der ganzen Generation der Jugendlichen. Der Präsident unterstützte diese Initiative.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/31593/29/315932976.jpg>

dnr-news.com: Geraschtschenko rief zur Entsendung von Friedenstruppen in den Donbass auf
Die Vize-Sprecherin der Obersten Rada der Ukraine die Vertreterin Kiews in der humanitären Untergruppe zum Donbass Irina Geraschtschenko meint, dass ohne die Entsendung einer Friedensmission in den Donbass eine Demilitarisierung der Region schwerlich zu erreichen sei.

„Ohne die Entsendung einer Friedensmission auf die okkupierten Territorien wird schwerlich so etwas wie Demilitarisierung oder Deokkupation zu erreichen sein. Deshalb stehen wir auf dem Standpunkt, dass es nötig ist, eine positive Entscheidung bezüglich einer Friedensmission im Donbass zu treffen“, zitiert die ukrainische Nachrichtenagentur UNIAN am Montag Geraschtschenko.

Ihren Worten nach blockiert angeblich Russland einen solchen Beschluss.

de.sputniknews.com: Kiewer Verteidigungspolitiker ruft auf: „Unüberwindbare Burg“ zu Russland bauen

Der Leiter des ukrainischen Sicherheits- und Verteidigungsrates, Olexander Turtschynow, hat den Grenzschutz des Landes dazu aufgerufen, im Osten eine „unüberwindbare Burg“ zu bauen.

Wie Turtschynow in einem auf der offiziellen Webseite des Rates veröffentlichten Glückwunscheschreiben anlässlich des Tages des Grenzschützers mitteilte, solle die Grenze im Westen der Ukraine im Gegenzug nach „europäischen Standards“ eingerichtet werden.

„Ich bin sicher, dass unsere Grenzschützer alle ihnen gestellten Aufgaben würdig erfüllen werden“, heißt es.

Das ukrainische Mauerprojekt, auch als „europäische Mauer“ bezeichnet, sieht den Bau von Gräben und Sonderobjekten an der russisch-ukrainischen Grenze vor. Die Länge der Grenze beträgt mehr als 2.000 Kilometer. Laut Plänen der ukrainischen Regierung soll die Mauer zur östlichen Grenze der Europäischen Union werden. Der Bau sollte in zwei Etappen erfolgen: zuerst in den Gebieten Tschernihiw, Sumy, Charkiw und dann auch in den Gebieten Lugansk und Donezk.

Wie 2014 der damalige Premierminister der Ukraine, Arseni Jazenjuk, erklärt hatte, sollte dieser Schutzwall bis Ende 2018 fertiggestellt werden. Die Gesamtkosten des Projekts sollten sich auf etwa vier Milliarden Griwna (etwa 136 Millionen Euro) belaufen.

Trotz ihres lauten Namens stellt die Einrichtung eine Mauer aus Gitter, Stacheldraht und Graben dar. Die Werchowna Rada (ukrainisches Parlament) bezeichnet die „Mauer“ als „Gartengitter“ und „Grube“.



<https://cdn2.img.sputniknews.com/images/30302/42/303024293.jpg>

Dan-news.info: „Gegen 14:30 hat die ukrainische Seite einen Beschuss der Umgebung des **Volvo-Zentrums im Norden von Donezk** begonnen. Es wurde mit Artilleriegeschützen des Kalibers 122mm geschossen“, teilte eine Quelle aus den militärischen Einrichtungen der DVR mit.

Außerdem wurde nach Angaben der Quelle **Oserjanowka im Süden von Gorlowka** beschossen.

Insgesamt wurden auf die Ortschaften etwa 15 Geschosse abgeschossen.

Informationen über Verletzte und Zerstörungen werden noch ermittelt.

de.sputniknews.com: **Nato fordert von Moskau Aberkennung der Souveränität von Abchasien und Südossetien**

Nach der jüngsten Tagung in der georgischen Hauptstadt Tiflis hat die Parlamentarische Versammlung der Nato Russland aufgefordert, die Anerkennung der Kaukasus-Republiken Abchasien und Südossetien als unabhängige Staaten rückgängig zu machen. Das geht aus einer Deklaration hervor, die auf der Webseite des Gremiums am Dienstag veröffentlicht wurde.

Das Dokument ruft Moskau außerdem dazu auf, „den internationalen Verpflichtungen bezüglich Georgien nachzukommen“ und „die Truppen aus den besetzten Regionen

abzuziehen“. Es wird dabei betont, dass die Nato die „konstruktive“ Politik Georgiens begrüße, die auf eine „Deeskalation der Spannung in den Beziehungen zu Russland“ abziele. Die Parlamentarische Versammlung ist am 26. Mai zu einer viertägigen Tagung in Tiflis zusammengekommen.

Anfang August 2008 waren georgische Truppen in Südossetien einmarschiert, um diese Region, die sich von Georgien losgesagt hatte, zurückzuerobern. Dabei wurden mehrere Soldaten einer russischen Friedensmacht getötet, die in der Region stationiert war. Zur Befriedung Georgiens beschloss die russische Führung, reguläre Truppen nach Georgien zu verlegen. Bei einem fünftägigen Krieg wurden die georgischen Streitkräfte zurückgedrängt. Ende August erkannte Russland die Unabhängigkeit Südossetiens sowie der einstigen georgischen Autonomie Abchasien an.

Dan-news.info: „Das Arbeitskollektiv des Lutugin-Bergwerkverbandes des staatlichen Unternehmens „Toresantrazit“ hat die Vorbereitung eines neuen Abbaustelle abgeschlossen. Morgen, am 30. Mai, findet die Inbetriebnahme des zweiten östlichen Stollens ... auf einer Tiefe von 700 Meter statt“, teilte das Kohle- und Energieministerium der DVR mit. Die Länge des Abbaugebiets beträgt 250 Meter, die Breite des Flözes 1,1 Meter. Es wird mit Kohlevorräten von 750.000 Tonnen gerechnet. Innerhalb eines Tages können die Bergleute etwa 1400 Tonnen fördern. Dies ist der vierte neue Stollen, der in der DVR seit Beginn des Jahres in Betrieb genommen wird. Es wurden bereits Stollen im Bergwerksverband „Wolynskoje“ sowie den Bergwerken „Progress“ und „Kalinowskaja-Wostotschnaja“ in Betrieb genommen. Geplant ist für dieses Jahr die Inbetriebnahme von 8 bis 12 Abbaustellen.

de.sputniknews.com: Macron nach Treffen mit Putin: Wichtige Probleme nur mit Russland lösbar

Frankreich ist an einer Intensivierung der Zusammenarbeit mit Russland interessiert. Dies sagte der französische Präsident Emmanuel Macron am Montag in Versailles, wo er sich mit seinem russischen Amtskollegen Wladimir Putin trifft.

„Was die bilateralen Beziehungen betrifft, so möchte ich, dass wir diese fortsetzen und intensivieren“, sagte Macron.

„Es sind enge Kontakte zwischen Russland und Frankreich im humanitären Bereich notwendig. Es wird ein ähnliches Format wie zwischen Moskau und Berlin organisiert“, so der französische Staatschef weiter.

Für die Entwicklung der bilateralen Beziehungen sollen ihm zufolge sowohl Frankreich als auch Russland pragmatisch und anspruchsvoll handeln.

„Ich möchte, dass wir — Sie und ich — zu allen Themen, die das Schicksal unserer Länder gestalten, weiterhin pragmatisch und anspruchsvoll handeln können, um alle Schwierigkeiten zu überwinden, die uns auf diesem Wege begegnen können“, so Macron.

Die grundlegenden Interessen der Russischen Föderation und Frankreich seien wichtiger als die aktuelle politische Situation, sagte Putin dazu.

„Ich bin überzeugt, dass die grundlegenden Interessen Russlands und Frankreichs viel wichtiger als die aktuelle politische Konjunktur sind. Am besten verstehen das französische Unternehmen, die in Russland weiterhin aktiv arbeiten“, so der russische Präsident.

Macron zufolge könnten mit Russland Streitfälle entstehen, doch ohne Dialog, einschließlich zur Syrien-Lage, könne es keinen Fortschritt geben. Beide Länder vertreten zwar unterschiedliche Meinungen zu manchen Fragen, können aber ihre Zusammenarbeit qualitativ verbessern, betonte auch Putin.

„Ich denke, wir haben heute während der Verhandlungen das Gefühl bekommen, dass viele Dinge von uns etwa gleich bewertet werden. Viele Dinge schätzen wir von gleichen

Positionen ein. Zwar gibt es einige Unterschiede, aber das, was uns verbindet, erlaubt uns zu glauben, dass wir unsere Zusammenarbeit nicht nur intensivieren, sondern auch qualitativ verbessern können", sagte Putin.

Der Meinungsaustausch mit Putin sei sehr offen und aufrichtig gewesen, so Macron nach dem Treffen. Ihm zufolge haben die beiden Staatschefs einander alles gesagt.

Macron hat Putin am Montag in Versailles empfangen. Auf der Agenda der beiden Staatschefs standen die bilateralen Beziehungen sowie internationale Themen wie die Lage in Syrien und der Ukraine.

Die Gespräche dauerten zwei Stunden und fünfzig Minuten. Zuerst trafen sich die Politiker im Kleinformat. Anschließend wurden die Verhandlungen im Großformat fortgesetzt.

de.sputniknews.com: Moskau und Paris sind nach Worten von Präsident Wladimir Putin fest entschlossen, nach gemeinsamen Lösungen der Problemen Syriens, der Ukraine und Nordkoreas zu suchen. Wichtig sei auch der gemeinsame Kampf gegen den Terrorismus, sagte Putin am Montag auf einer Pressekonferenz in Paris.

„Wir sprachen von der Ukraine-Krise und über Möglichkeiten der Lösung des Syrien-Problems. Viel Raum nahm auch die aus meiner Sicht gefährliche Situation um das nukleare Problem Nordkoreas und um das nordkoreanische Raketenprogramm ein“, sagte der russische Präsident nach den Verhandlungen mit seinem französischen Amtskollegen Francois Macron. Die Lösung dieser Probleme sollte zur Verbesserung der Lage beitragen, fügte Putin hinzu.



<https://cdn2.img.sputniknews.com/images/31593/55/315935557.jpg>

ukrinform.ua: Der EU-Kommissar für Europäische Nachbarschaftspolitik und Erweiterungsverhandlungen, Johannes Hahn, unternimmt am 1./2. Juni einen Arbeitsbesuch in der Ukraine, ließ die Vertretung der Europäischen Union in der Ukraine auf ihrer Facebook-Seite mitteilen.

Nach Angaben der EU-Vertretung wird Hahn die ukrainischen Städte Kiew, Mariupol und Dnipro besuchen.

abends:

de.sputniknews.com: Macron: **Neue Sanktionen nur bei Eskalation in Ukraine** – "will ich aber nicht"

Neue antirussische Sanktionen wird es nur im Fall einer Eskalation in der Ukraine geben, sagte Frankreichs Präsident Emmanuel Macron nach Verhandlungen mit seinem russischen Amtskollegen Wladimir Putin in Versailles am Montag.

„Ich bestätige, was ich sagte. Wenn es notwendig sein wird, dann müssen die Sanktionen verstärkt werden, aber nur, wenn es eine Eskalation geben wird. Wenn es eine Deeskalation geben wird, dann nicht. Und ich wünsche mir genau eine Deeskalation“, so Macron.

Putin sagte seinerseits, Sanktionen würden nicht zur Verbesserung der Lage in der Ukraine beitragen. Dabei rief er zur Aufhebung sämtlicher wirtschaftlicher Einschränkungen in der Welt auf.

„Nur die Aufhebung jeglicher Einschränkungen, der freie Markt, die freie Konkurrenz“, so Putin, und zwar „ohne politische Überlegungen und Konjunktur-Werkzeuge werden zur Entwicklung der Weltwirtschaft beitragen“. Solch ein Vorgehen wird laut dem Staatschef auch dabei helfen, diverse Herausforderungen zu lösen, wie beispielsweise die Arbeitslosigkeit. Macron hat Putin am Montag in Versailles empfangen. Auf der Agenda der beiden Staatschefs standen die bilateralen Beziehungen sowie internationale Themen wie die Lage in Syrien und der Ukraine.

Die Gespräche dauerten zwei Stunden und fünfzig Minuten. Zuerst trafen sich die Politiker im Kleinformat. Anschließend wurden die Verhandlungen im Großformat fortgesetzt.

de.sputniknews.com: Russland und Frankreich werden ein bilaterales Forum für die Bürgergesellschaft schaffen. Dies teilte der französische Präsident Emmanuel Macron am Montag nach seinen Verhandlungen mit dem russischen Staatschef Wladimir Putin im Schloss Versailles mit.

„Wir wollen außerdem, dass unsere Vertreter der Bürgergesellschaft engere Beziehungen zueinander, einen konstruktiven Dialog und einen lebhafteren Austausch miteinander pflegen. Ein solches Schema existiert schon zwischen Deutschland und Russland. Und wir möchten den gleichen Weg gehen, damit Jugendliche, Wirtschaftsstrukturen und Forscherkreise sich einander annähern und ein französisch-russisches Forum für die Bürgergesellschaft schaffen. Wir werden es schaffen und es mit Ihrer Erlaubnis als "Trianon-Dialog" bezeichnen, um die Ausstellung zu erwähnen, die wir in mehreren Augenblicken sehen können", sagte Macron auf der Pressekonferenz im Anschluss an die Verhandlungen mit Putin.

„Wir haben über LGBT in Tschetschenien und über NGOs in Russland gesprochen. Ich habe gegenüber Präsident Putin klargestellt, womit Frankreich in dieser Angelegenheit rechnet. Und wir haben uns darauf geeinigt, die Situation regelmäßig und gemeinsam zu verfolgen“, so Macron.

Seinen Worten zufolge kann „kein wichtiges Problem in der Welt ohne Beteiligung Russlands gelöst werden“.

[Ukrinform.ua: Tschechien unterstütze die territoriale Integrität der Ukraine und arbeite mit ihr in vielen Bereichen weiter zusammen, erklärte heute der ukrainische Verteidigungsminister Stepan Poltorak vor Journalisten nach dem Treffen mit seinem tschechischen Amtskollegen, Martin Stropnický, berichtet ein Ukrinform-Korrespondent.](#)

[„Wir hatten ein sehr konstruktives Gespräch. Während des Treffens haben wir eine Reihe von Fragen der Sicherheit in der Welt und in der Ukraine behandelt. Ich habe meinen Kollegen über die Verletzung der Abkommen von Minsk durch Russland informiert. Wir diskutierten](#)

die Fragen der Zusammenarbeit und Themen der gemeinsamen Beteiligung unserer Ministerien an multinationalen Übungen. Wir haben die Zusammenarbeit in der professionellen Ausbildung unserer Fachkräfte und der Streitkräfte der Tschechischen Republik sowie die Vorbereitung der Spezialeinheiten und Scharfschützen behandelt“, betonte Poltorak.

Ihm zufolge kann man das Treffen als sehr effektiv, konstruktiv und nützlich bewerten.

Poltorak dankte dem Kollegen für die Unterstützung und Zusammenarbeit.

Der tschechische Verteidigungsminister hat wiederum bekräftigt, die Tschechische Republik werde die Annexion der Krim und die russische Aggression im Osten der Ukraine nie anerkennen. Dies sei eine Verletzung des Völkerrechts, deshalb werde Tschechien die Ukraine in dieser schwierigen Situation unterstützen.

de.sputniknews.com: Moldawien: Fünf russische Diplomaten zu Personen non grata erklärt
Fünf russische Diplomaten sind zu Personen non grata in Moldawien erklärt worden, berichtet der örtliche Sender Publika unter Berufung auf den Sprecher des Außenministeriums des Landes.

Der russische Botschafter in Moldawien, Farit Muchametschin teilte mit, die Botschaft habe bereits eine Note in diesem Zusammenhang erhalten.

„Wir haben eine Note erhalten, wie studieren das Dokument. Um wen es sich handelt, teilen wir später mit“, sagte er.